



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Baumartenwahl im Klimawandel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu berichten, wie sich die Möglichkeiten zur Baumartenwahl für Aufforstungen und Waldumbaumaßnahmen verändern, sollte der tatsächliche klimawandelbedingte Temperaturanstieg aufgrund unzureichender Klimaschutzmaßnahmen deutlich höher ausfallen als bislang erwartet.

Dabei soll insbesondere aufgezeigt werden,

- wie sich die Situation der Hauptbaumarten (Fichte, Kiefer, Tanne, Buche, Eiche) bei einem Temperaturanstieg um 3,8°C (nach Prognose des Klima-Reports 2021 wahrscheinliches Szenario) entwickeln würde (Darstellung des Anbaurisikos in Kartenform auf Grundlage des Bayerischen Standortinformationssystems (BASIS) für das Jahr 2100);
- wie sich die Situation der Hauptbaumarten (Fichte, Kiefer, Tanne, Buche, Eiche) bei einem Temperaturanstieg um 4,8 °C (nach Prognose des Klima-Reports 2021 mögliches Szenario) entwickeln würde (Darstellung des Anbaurisikos in Kartenform auf Grundlage des Bayerischen Standortinformationssystems für das Jahr 2100);
- welche anderen Baumarten unter den oben genannten Bedingungen ein hohes bzw. sehr hohes Anbaurisiko aufweisen würden;
- welche Baumarten noch bestandsbildend eingesetzt werden könnten;
- welche Baumarten von einer derartigen Temperaturerhöhung profitieren würden („Gewinner“ des Klimawandels);
- mit welchen zusätzlichen abiotischen und biotischen Schädigungen zu rechnen wäre;
- welche Folgen für die Forstwirtschaft und den Holzmarkt zu erwarten wären;
- wie Kooperationen und Informationsaustausch im Bereich von Saatgut und Pflanzenmaterial mit anderen Staaten ausgedehnt und entwickelt werden;
- welche weiteren Schlüsse und welchen Handlungsbedarf die Staatsregierung aus den alarmierenden Fakten des Klima-Reports 2021 zieht bzw. ableitet.

Begründung:

Im aktuellen Klima-Report des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz heißt es im Kapitel 4.3 Wald und Forstwirtschaft:

„Anpassung an den Klimawandel heißt für die Forstwirtschaft Bayerns, den Waldumbau hin zu klimawandeltoleranteren Waldökosystemen noch ambitionierter voranzutreiben. Die Wahl von an Wärme und Trockenheit besser angepassten Baumarten und Herkünften rückt dabei stark in den Fokus, genauso wie die rechtzeitige und schlagkräftige Bewältigung von Waldschutzrisiken. Dies ist nur für einen lokalen Temperaturanstieg von maximal 2°C pro 100 Jahren möglich und Erfolg versprechend. Daher hat die Wald- und Forstwirtschaft ein unmittelbares Interesse daran, dass das im Pariser Übereinkommen gesetzte Ziel, die globale Erwärmung auf „deutlich unter 2°C“ und möglichst unter 1,5°C zu begrenzen, möglichst schnell erreicht wird (Kap. 1), wobei neuere IPCC-Aussagen zu besonderer Vorsicht mahnen (Kap. 5). Gelingt dies der Weltgemeinschaft nicht, so könnte die Anpassungskapazität unserer Wald-Ökosysteme überstrapaziert werden, mit künftigen bayernweiten direkten und indirekten Schäden und Folgekosten in der Größenordnung von mehreren hundert Mio. Euro pro Jahr.“

Der Klima-Report mahnt jedoch auch kritisch an, dass, sollten die aktuellen Klimaschutzbemühungen und -maßnahmen nicht deutlich verstärkt werden, eine Erwärmung bis zum Jahr 2100 um 3,8 bis 4,8°C möglich sein könnte.

Das bayerische Standortinformationssystem dient der Forstverwaltung als digitales Hilfsmittel zur Beratung der rund 700 000 Waldbesitzerinnen und -besitzer in Bayern. Dabei stellt es unter anderem das Anbaurisiko für 21 Baumarten für die Jahre 2050 bzw. 2100 dar. Für die Modellierung des Risikos wurde dabei unter anderem eine moderate Temperaturerhöhung von nur 1,8°C hinterlegt. Dies erscheint vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaschutzbemühungen der Staatsregierung jedoch unrealistisch.